

07.04.2022

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Für einen erfolgreichen Innovationskurs Richtung Zukunft muss die Wirtschaft in der gegenwärtigen Krise stabilisiert werden – durch aktives staatliches Handeln einer verantwortlichen Regierung

zu dem Antrag „**Starke Wirtschaft, stabile Finanzen – NRW weiter auf Innovationskurs Richtung Zukunft halten**“

Antrag der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16906

I. Hintergrund

In ihrem oben genannten Antrag zeichnen die Fraktionen von CDU und FDP in epischer Breite ein Zerrbild ihrer Wirtschaftspolitik der letzten fünf Jahre, um im Beschlussteil lediglich die Fortführung der zuvor skizzierten Politik zu fordern und lediglich im letzten Satz eine neuerliche Anpassung der Energieversorgungsstrategie des Landes angesichts der „aktuellen Herausforderungen“ vorzunehmen. Damit soll offenbar die dramatische wirtschaftliche Lage dieser Tage zusammengefasst werden, für welche die Fraktionen von CDU und FDP keinerlei Handlungsansätze erkennen lassen. In vielen Bereichen – vom Ausbau der erneuerbaren Energien bis zur Digitalisierung – läuft die Landesregierung den realen Erfordernissen nur hinterher. In diesem Fall scheint sie die Realität gar nicht erst wahrnehmen zu wollen, denn mit keinem Wort wird die akute wirtschaftliche Notlage adressiert. Der so genannte „Innovationskurs Richtung Zukunft“ jedoch ist Makulatur, wenn schon in der Gegenwart die wirtschaftliche Basis in Nordrhein-Westfalen wegzubrechen droht.

Der Russlandkrieg in der Ukraine dauert nun mehr als einen Monat an und wirkt sich letztlich auf die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen massiv aus – nicht zuletzt durch Unterbrechungen von Lieferketten, steigende Preise und verknappte Rohstoffe. In der Vorwoche, am 30. März 2022, rief der Bundeswirtschaftsminister die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aus. All das aber wird im vorliegenden Antrag ignoriert, wenn lediglich in den Rückspiegel geschaut und Initiativen der Vergangenheit aufgelistet werden. Aus dieser Rückbetrachtung geht der Blick direkt in eine Zukunft, welche die Zeitenwende durch den Krieg in Europa völlig ignoriert: bei der Transformation zum klimaneutralen Industriestandort habe die Landesregierung die Wasserstoff-Roadmap auf den Weg gebracht, sei Vorreiter beim Kohleausstieg und habe NRW als Deutschlands größtes Industrieland zukunftsfest gemacht.

Datum des Originals: 07.04.2022/Ausgegeben: 07.04.2022

Die vom Bundeskanzler treffend festgestellte Zeitenwende ist an der Landesregierung aus CDU und FDP offenbar vorbeigegangen, die Realität ist eine andere: Unternehmen, die eben noch Zukunftsinvestitionen planen, um mittelfristig auf die Wasserstoffwirtschaft umzustellen, müssen nun um ihre Existenz bangen. Statt „Vorreiter beim Kohleausstieg“ zu sein, will die Landesregierung die Kohlekraftwerke länger am Netz halten, um Reservekapazitäten vorzuhalten. Minister Pinkwart bittet in Berlin, es Unternehmen zu ermöglichen, die geplante Umstellung von Kohle auf Gas zu verschieben – namentlich bei der RWE und der STEAG. Das ist in dieser Lage richtig. Doch es widerspricht dem Antrag von CDU und FDP, wenn diese dort mit keiner Silbe darauf eingehen und unehrlich von der Vorreiterrolle des Landes beim Kohleausstieg sprechen. Gleiches gilt für die im Antrag postulierten Pläne beim Ausbau der Netzinfrastruktur für Wasserstoff-Pipelines. Die Wahrheit ist, dass schon die Erdgas-Leitungen in der aktuellen Notlage nicht den Erfordernissen genügen: die Rohre werden von Osten nach Westen hin immer dünner, was der Abhängigkeit von der russischen Versorgung geschuldet ist, sodass eine kurzfristige Lieferumstellung auf andere Länder über das Pipeline-Netz schon infrastrukturell nicht die nötigen Mengen zur Kompensation bieten kann. Auch für die Brückentechnologie Gas braucht es daher jenseits der schiffbaren Flüssiggasmengen Anstrengungen im Infrastrukturausbau.

Schließlich ist von 400.000 geschaffenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen seit 2018 die Rede. Die Zeitenwende aber bedeutet, dass allein 440.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen in den energieintensiven Industrien beschäftigt und deren Arbeitsplatzsicherheit in der akuten Notlage bedroht ist, etwa in der Stahl-, Aluminium-, Glas- und Chemieproduktion. Diese Unternehmen nutzen 40 Prozent des Gases, das im Land verbraucht wird.¹ Ein drohender Gaslieferstopp Putins ist ein drohendes Szenario, das zunächst eben jene Industrien hart treffen wird und weitreichende Folgen für die mittelständischen Betriebe, die Stadtwerke und weite Wirtschaftskreise dieses Landes sowie für die Beschäftigten in den vor- und nachgelagerten Bereichen der energieintensiven Industrien haben würde.

Das Beispiel der Thyssenkrupp Steel Europe AG verdeutlicht dies stellvertretend in besonderem Maße. Fehlte dem Konzern bisher die nötige Liquidität für die sozial-ökologische Transformation und für zukunftssichere Arbeitsplätze bzw. für eine Verselbstständigung jenseits der Thyssenkrupp AG – insgesamt 3,2 Mrd. Euro – werden die Folgen des Krieges durch die Verknappung von Rohstoffen und den extremen Anstieg der Energiepreise zu einer außerordentlichen finanziellen Belastung. Durch die neuen Umstände droht nun nicht nur ein Vertagen von zukunftsweisenden Investitionsentscheidungen, sondern auch ein Zusammensparen bei Instandhaltungsinvestitionen. Der Konzern bezieht Teile seine Rohstoffe ausschließlich aus der Ukraine und aus Russland. Dazu ist er mehr als andere Stahlproduzenten abhängig von der Automobilindustrie: rund 50 Prozent der Produktion gehen in die Automobilbranche, womit bedeutende Anteile des Umsatzes generiert werden. Wenn die Produktionsbänder in den Autowerken wegen fehlender Kabelbäume aus der Ukraine oder anderer Lieferprobleme stillstehen, folgt darauf verzögert der Produktionsstopp bei Thyssenkrupp. Für bis zu 17.000 Beschäftigte ist daher Kurzarbeit vereinbart worden. Über 26.000 Beschäftigte bei der Thyssenkrupp Steel Europe AG und unzählige weitere in der Branche bangen akut um die Zukunftsfähigkeit der Stahlindustrie.

Statt einer nachhaltigen Transformation der Industrie, wie sie der Antrag von CDU und FDP postuliert, droht eine rapide Deindustrialisierung des Landes. Das darf nicht passieren. Bevor NRW nachhaltiges Industrieland werden kann – dieses Ziel ist unbestritten – muss es Industrieland bleiben, müssen Unternehmensschließungen und Standortverlagerungen unterbunden werden, auch in der Krise. Dies erfordert eine aktive Industriepolitik der Landesregierung –

¹ <https://www.ksta.de/wirtschaft/nrw-bereitet-sich-auf-embargo-vor-440-000-jobs-haengen-an-russischem-gas-39586126?cb=1649055734312&>

und im Falle der Thyssenkrupp Steel Europe AG eine Landesbeteiligung, um den Konzern langfristig zu stabilisieren. Diese Beteiligung muss mit Garantien des Konzerns einhergehen. Nur so werden Zukunftsinvestitionen an den Standort NRW gebunden. Die Landesbeteiligung forderte die SPD-Fraktion schon im Jahr 2020 in ihrem Antrag 17/11676. Wäre die Landesregierung dem Vorschlag damals gefolgt, sähe die Lage jetzt womöglich deutlich besser aus. Doch Ministerpräsident Wüst sah diese Option noch im Januar 2022 „skeptisch“.² Auch sieht er keine Notwendigkeit, wie seine Amtsvorgängerinnen und Amtsvorgänger als Mitglied des Kuratoriums der Krupp-Stiftung Verantwortung für die Thyssenkrupp AG zu übernehmen. Das überlässt er seinem Vorgänger, dem MdB Armin Laschet.³ Die veränderte Lage, die sich in den kommenden Wochen kurzfristig zuspitzen kann, braucht jetzt aktives Handeln und einen Zukunftsplan seitens der Verantwortlichen in Landesregierung und Konzernführung.

II. Der Landtag stellt fest,

- dass der vorliegende Antrag von CDU und FDP zur Wirtschaftspolitik den Ernst der Wirtschaftslage verkennt und keine Lösungsansätze zu deren Bewältigung anbietet;
- dass der von der Landesregierung verschleppte Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windkraft, maßgeblich mitverantwortlich ist für die akute Bedrohung der Energieversorgung durch mögliche Engpässe bei Gaslieferungen bis hin zum möglichen Stopp der Gaslieferungen aus Russland;
- dass 440.000 Arbeitsplätze in energieintensiven Industrien im Land, die auf einem 40-prozentigen Anteil am aktuellen Gasverbrauch im Land basieren, bei einer Zuspitzung der Lage – spätestens der Notfallstufe des Notfallplans Gas – gefährdet sind;
- dass industrielle Zukunft Nordrhein-Westfalens riskiert wird, wenn staatlicherseits nicht schnell und im Rahmen einer aktiven Industriepolitik des Landes gehandelt wird.
- dass die Thyssenkrupp Steel Europe AG auf dringende finanzielle Unterstützung zur Absicherung der Transformation angewiesen ist, da ansonsten die Zukunftsfähigkeit des Konzerns akut bedroht ist und damit unbeherrschbare Effekte auf den Wirtschaftsstandort NRW drohen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

- jenseits der Retrospektive des Antrags der regierungstragenden Fraktionen die Krisensituation der Gegenwart anzuerkennen und gemeinsam im Landtag Lösungswege zu suchen, existenzbedrohte Unternehmen so schnell wie möglich zu stabilisieren.
- Eine substantielle Beteiligung des Landes NRW am Unternehmenskapital der TK Steel Europe AG zu erwerben.
- die Unternehmensbeteiligung an der ThyssenKrupp Steel Europe AG zu nutzen, um die Erarbeitung einer Unternehmensstrategie zur Erhaltung und nachhaltigen Modernisierung der nordrhein-westfälischen Stahlproduktion auch unter Beteiligung weiterer privater oder öffentlicher Partner voranzutreiben.

² <https://www.deraktionaeer.de/artikel/aktien/thyssenkrupp-skepsis-aus-der-politik-20243755.html>

³ <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/industrie/armin-laschet-will-im-kuratorium-der-alfried-krupp-von-bohlen-und-halbach-stiftung-bleiben-a-db475f39-0002-0001-0000-000198528427>

- die Einrichtung eines 30 Mrd. Euro schweren Transformationsfonds zu prüfen, der mit überwiegend privaten Mitteln strategische Beteiligungen an Unternehmen erwirbt, um sie in der sozial-ökologischen Transformation zu stabilisieren.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
André Stinka
Frank Sundermann

und Fraktion